

Berlin: Bei Wohngeldanträgen schon vierfache Bearbeitungszeit, Mietschulden sind seit 2005 um 33 Prozent gesunken

Die durchschnittliche Bearbeitungszeit von Wohngeldanträgen hat sich in acht von zwölf Berliner Bezirken weiter verlängert. „Die Situation auf den Wohnämtern dürfte sich noch weiter zuspitzen“, so Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied beim Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU). Dagegen sanken die Mietschulden bei den 144 BBU-Mitgliedsunternehmen weiter.

Die Zahlen gehen aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen hervor. In der Anfrage listet der Senat die Bearbeitungszahlen per 28. Februar 2009 auf. Eine ähnliche Anfrage hatten die Grünen bereits im Juli 2008 gestellt. Aus den neuen Zahlen geht hervor, dass sich beispielsweise in Friedrichshain-Kreuzberg die durchschnittliche Antragsbearbeitungszeit vervierfachte. Sie liegt jetzt bei vier Monaten. In Treptow-Köpenick wurde eine Verdoppelung bis Verdreifachung der Bearbeitungszeit festgestellt.

Nur die Spitze des Eisbergs

Der BBU gehe vor dem Hintergrund der Zahlen von weiter deutlich steigenden Bearbeitungszeiten aus. Die Zahl der Anträge habe sich im Vergleich zum Juli 2008 von knapp 9.200 auf rund 28.100 verdreifacht. Das Gros dieser Anträge dürfte erst nach Inkrafttreten der Wohngeldnovelle am 1.1.2009 eingegangen sein. Zum 28. Februar habe diese Antragsschwemme also höchstens seit acht Wochen bei den Ämtern gelegen. Burkardt: „Die vom Senat in seiner Antwort ausgewiesene durchschnittliche Bearbeitungsdauer ist durch diesen Effekt nach unten verzerrt worden.“ Es wäre aufschlussreicher gewesen, nur die Bearbeitungsdauern für neu eingegangene Anträge zu untersuchen. „So ist davon auszugehen, dass die Lage in einem sehr viel besseren Licht erscheint, als sie tatsächlich ist“, erläuterte Burkardt.

schon 28.100 Anträge

Die Verwaltung hätte früher reagieren müssen

Die Wohngeldnovelle sei nicht vom Himmel gefallen. Senat und Bezirke hätten sich deshalb frühzeitig auf die Vervielfachung der Antragstellungen einstellen können und müssen. Die Berliner Verwaltung habe hier viel zu lang die Hände in den Schoß gelegt. Burkardt: „Es muss schnell gehandelt werden. Der Senat sollte die Personalausstattung der Wohnämter unter die Lupe nehmen und mit den Bezirken tragfähige Lösungen entwickeln.“

Es muß schnell gehandelt werden

Trotz Krise: die Mietschulden sind in Berlin weiter rückläufig

Die Mietschulden bei den 144 Berliner Mitgliedsunternehmen des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) sind 2008 erneut gesunken. „Die Wohnungsunternehmen setzen mit Erfolg auf Mietschuldenberatung“, erklärte BBU-Vorstandsmitglied Ludwig Burkardt. Sozialer und unternehmerischer Nutzen gingen hier Hand in Hand. Zum 31.12.2008 beliefen sich die Mietschulden bei den Berliner BBU-Mitgliedsunternehmen auf rund 98 Millionen Euro. Das waren 4,2 Millionen bzw. 4,1 Prozent weniger als 2007 (102,2 Millionen €).

Die Mietschulden sind um ein Drittel gesunken

Gegenüber 2005 beträgt der Rückgang der Mietschulden sogar rund ein Drittel. Damals lagen sie bei 142,4 Millionen Euro. „In dem Rückgang schlägt sich nieder, dass viele landeseigene, private und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen in den letzten Jahren ihre Mietschulden-Beratungsangebote konsequent ausgebaut haben. Davon profitieren jetzt sowohl die Mieter als auch die Vermieter“, so Burkardt. Den Wohnungsunternehmen gehe es dabei vor allem darum, Räumungen vorzubeugen, die Mieter als Kunden zu halten und ihre Mietzahlungsfähigkeit langfristig zu sichern.

Mietschulden unter 100 Mio

Frühzeitige Beratung

Wichtig sei beim Aufkommen von Mietschulden ein möglichst frühzeitiges Gegensteuern. Mittlerweile würden viele Wohnungsunternehmen Mietern schon bei ersten Zahlungsunregelmäßigkeiten Beratung anbieten. Burkardt: „So kann gemeinsam nach Lösungen gesucht werden. Das kann eine günstigere Wohnung sein, aber auch die Beantragung beispielsweise von Wohngeld.“ Bewährt habe sich bei der Mietschuldenberatung ein behutsames Vorgehen. Die meisten Menschen schämten sich für ihre Schulden und wagten deshalb nicht, bei Anderen Rat zu suchen. Oft sei gerade das die Ursache für ein weiteres Anwachsen der Schulden. „Ein professionelles und trotzdem einfühlsames Beratungsangebot bewirkt hier viel Positives“, führte Burkardt aus. Die Ordnung der Mietschulden könne für die Betroffenen vielfach Grundlage für eine Strukturierung und Stabilisierung auch anderer Lebensbereiche sein.

Unter dem Dach des BBU sind 362 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereint. Die BBU-Mitgliedsunternehmen bewirtschaften gut 1,1 Millionen Wohnungen. Das sind über 40 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und fast 50 Prozent der Mietwohnungen im Land Brandenburg.

Dr. David Eberhart